

Die studentische Vollversammlung möge beschließen:

Die Vollversammlung unterstützt den Forderungskatalog der Vollversammlung der ausländischen Studierenden von 09. November 2012 und fordern die genannten Organe zur Durchsetzung der genannte Anträge auf, um die Studienbedingungen der ausländischen Studierenden in Hannover zu verbessern.

Begründung

Am Freitag, den 09. November 2012 hat im Raum E-001 die Vollversammlung der ausländischen Studierenden stattgefunden. Bei der AusländerInnenvollversammlung haben 104 stimmberechtigte Studierende 13 Anträge beschlossen.

Die studentische Vollversammlung unterstützt diese Anträge und fordert die Leibniz Universität Hannover, den DAAD, die Landes- und Bundesregierung auf die genannte Maßnahmen durchzusetzen.

Anträge von der AusländerInnenvollversammlung

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover eine kostenlose Möglichkeit der sprachlichen Korrektur von Hausarbeiten und Abschlussarbeiten für ausländische Studierende einzurichten.

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Möglichkeit, Wörterbüchern bei den Klausuren nutzen zu dürfen.

Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in Universitätsräumlichkeiten, wie das im Oktober 2011 gegründete BSU (Bremen-service Universität).

Wir setzen uns ein für eine stärkere Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft in der Leibniz Universität Hannover.

Wir fordern die sofortige Abschaffung der rassistischen Einlasskontrollen in hannoverschen Clubs und Diskotheken.

Wir fordern vom DAAD die Erweiterung von Notfonds für ausländische Studierende, die sich temporär in einer akuten finanziellen Notlage befinden.

Wir fordern von den VertreterInnen der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover die Einrichtung von Notfonds für unverschuldet in Not geratene ausländische Studierende.

Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Erweiterung der Stipendienmöglichkeiten für ausländische Studierende.

Wir fordern von der Hauptstadt Hannover die vollständige Befreiung von Gebühren für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis.

Wir fordern von der Landesregierung die Abschaffung aller direkten und indirekten Formen der Studiengebühren, sein dies allgemeine Studiengebühren, Langzeitgebühren, Betreuungsgebühren für nicht EU – AusländerInnen, Einschreibgebühren oder sonstiges.

Wir fordern von der Bundesregierung die Gleichstellung der ausländischen Studierenden mit den deutschen Studierenden im Arbeitserlaubnisrecht und die Abschaffung der 120 Tage bzw. 240 Halbe Tage Regelung.

Wir fordern von der Bundesregierung einen gleichberechtigte Zugang zum BAföG für alle ausländischen Studierende.

Wir fordern die Liberalisierung der Ausländergesetze von der Bundesregierung.

6. Begründung

6.1. Situation an der Universität

Die Situation an der Leibniz Universität Hannover muss für ausländische Studierende verbessert werden. Oftmals wird, insbesondere in der Betreuungsarbeit der DozentInnen, nicht auf die speziellen Probleme der ausländischen Studierenden eingegangen. Dafür fördern wir folgende konkrete Maßnahmen:

Antrag 1: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover eine kostenlose Möglichkeit der sprachlichen Korrektur von Hausarbeiten und Abschlussarbeiten für ausländische Studierende einzurichten.

Für die ausländischen Studierenden stellen die Bearbeitung und Fertigung von Seminararbeiten und Abschlussarbeiten eine besondere Herausforderung dar. Obwohl solide Grundlage der deutschen Sprache eine Voraussetzung für die Immatrikulation an der Leibniz Universität Hannover ist, haben die ausländischen Studierenden immer noch große Schwierigkeiten eine wissenschaftliche Arbeit schreiben zu können. Um eine korrekte Arbeit abgeben zu können, bezahlen die ausländische Studierende oft eine private Person um ihre Wissenschaftsarbeit sprachlich zu korrigieren.

Antrag 2: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Möglichkeit, Wörterbücher bei den Klausuren nutzen zu dürfen.

Für ausländische Studierende unserer Universität stellen schriftliche Prüfungen eine besondere Herausforderung dar. Selbstverständlich kann bei allen Studierenden eine solide Grundlage der deutschen Sprache vorausgesetzt werden, die sie mittels der DSH-Prüfung als Voraussetzung für die Immatrikulation unter Beweis gestellt haben. Dennoch ist anzunehmen und aus Erfahrungsberichten ausländischer Studierender zu entnehmen, dass immer wieder Wortschatzschwierigkeiten auftreten. Manchmal sind aber nur einzelne Wörter entscheidend, um eine inhaltlich qualitative Arbeit abliefern zu können. Aus diesem Grunde wäre ein Fremdwörterbuch von hoher Bedeutung für die Studierenden.

Antrag 3: Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in Universitätsräumlichkeiten, wie das im Oktober 2011 gegründete BSU (Bremen-service Universität).

Für die ausländische Studierenden ist es unmöglich Informationen und Termine per Telefon bei der Ausländerbehörde zu erhalten, deshalb müssen wir jedes Mal zur Ausländerbehörde gehen, um eine Information oder einen Termin zu bekommen. Das Problem besteht schon seit mindesten 2 Jahre und es gibt seitdem keine Verbesserung.

Wir fordern ein Büro der Ausländerinnenbehörde in den Universitätsräumlichkeiten. Das Büro soll eine zentrale Beratungsstelle und Serviceeinrichtung für internationale Studierende der Universität Hannover sein. Das Ziel ist die öffentlichen Dienstleistungen kundenorientiert anzubieten. Ohne große Umstände und lange Wege. Dieses Büro soll ein "richtiges" kleines Stadtamt sein, in dem die Anliegen der ausländischen Studierenden abschließend bearbeitet werden können.

Antrag 4: Wir setzen uns ein für eine starke Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft in der Leibniz Universität Hannover.

Die ausländische Studierenden sind in der Hochschulpolitik der Leibniz Universität Hannover unter-repräsentiert. Aus diesem Grund sind die besonderen Interessen der ausländischen Studierenden nicht richtig wahrgenommen. Wir wünschen uns eine stärkere Vertretung der ausländischen Studierenden bei den verschiedenen Organen der Studierendenschaft, deshalb haben wir uns entschieden, eine Hochschulgruppe zu gründen und zu den Wahlen zu den studentischen Organen in Januar 2013 aufzustellen.

6.1. Rassismus und gesellschaftliche Stimmung

Wir treten gegen Rassismus und für eine andere gesellschaftliche Stimmung gegenüber MigrantInnen, auch den BildungsmigrantInnen, ein. Für Verbesserung in diesem Bereich fordern wir folgenden Punkt:

Antrag 5: Wir fordern die sofortige Abschaffung der rassistischen Einlasskontrollen in hannoverschen Clubs und Diskotheken.

Viele junge Männer, die einer ethnischen Minderheit oder der muslimischen Religion zugeschrieben werden, kennen das: An Diskothekentüren werden sie abgewiesen, andere weiße Männer oder Frauen werden reingelassen. Wir fordern die VertreterInnen der Studierenden und die Hauptstadt Hannover auf sich mit diesem Thema zu beschäftigen und eine Lösung für das Problem zu finden.

6.3. Ökonomische Situation

Viele ausländische Studierende haben Probleme ihr Studium in Hannover zu finanzieren. Libyen, Iran, Kirgisien, Afghanistan oder Burundi: die Länder wechseln, aber die Probleme bleiben gleich. Wer als Nicht-EU-Bürger studieren möchte, muss der Ausländerbehörde einen dauerhaft gesicherten Unterhalt belegen. Familien legen alles zusammen, um einem ihrer Kinder ein Studium in Deutschland zu ermöglichen. Was geschieht aber, wenn plötzlich durch Krieg, Katastrophen oder Unruhen Besitz oder Erwerbsmöglichkeit der Familie zerstört werden, wenn durch Inflation Überweisungen nach Hannover ihren ursprünglichen Wert verlieren? Wer weltökonomische und politische Entwicklungen mit wachen Augen verfolgt weiß, dass eine dauerhafte ökonomische Absicherung durch Zahlungen aus dem Heimatland eine Illusion ist. Außerdem beeinflussen zusätzlich gefährden Arbeitslosigkeit und Krankheit die Finanzierung des Studiums.

Die ökonomische Situation der ausländischen Studierenden muss verbessert werden. Ihre Rechtsstellung ist der von deutschen Studierenden anzugleichen. Dafür fordern wir folgende konkrete Maßnahmen:

Antrag 6: Wir fordern vom DAAD die Erweiterung von Notfonds für ausländische Studierende, die sich temporär in einer akuten finanziellen Notlage befinden.

Das Hochschulbüro für Internationales bietet schon einmalige Beihilfen und Studienabschlussbeihilfen für ausländische Studierende aus Ländern außerhalb der EU an, die an der Leibniz Universität Hannover immatrikuliert sind. Die Stipendienmittel kommen aus dem Programm STIBET des DAAD. Sie reichen aber nicht für alle Anfragen aus. Deshalb ist es notwendig die Stipendienmittel für die Studierendenschaft zu erhöhen.

Antrag 7: Wir fordern von den VertreterInnen der Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover die Einrichtung von Notfonds für unverschuldet in Not geratene ausländische Studierende.

Die Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover vergibt keine Spenden, trotzdem befindet sich eine große Anzahl von (ausländischen) Studierenden in finanzieller Not. Die Universitäten in Hildesheim und Potsdam bieten schon einen Notfonds für ihre Studierenden. Der Notfonds setzt sich zum Ziel, schnell und unbürokratisch in solchen Situationen zu helfen, in denen staatlich-öffentliche Problemlösungsansätze nicht ausreichen bzw. nicht vorhanden sind.

Antrag 8: Wir fordern von der Leibniz Universität Hannover die Erweiterung der Stipendienmöglichkeiten für ausländische Studierende.

Die Leibniz Universität Hannover vergibt Stipendien das Niedersachsen-und Deutschland-Stipendium an Studierende. Die Vergabe an eingeschriebene Studierende erfolgt aufgrund der Durchschnittsnote des Notenspiegels. Für ausländische Studierende ist es aufgrund der Sprache und der notwendigen Arbeit neben dem Studium viel schwieriger gute Noten zu erbringen. Damit sind ihre Chance geringer ein Stipendium zu kriegen.

Antrag 9: Wir fordern von der Hauptstadt Hannover die vollständige Befreiung von Gebühren für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis.

Viele ausländische Studierende haben Probleme ihr Studium in Hannover aufgrund der Studiengebühren zu finanzieren. Um diese zusätzliche Kosten ausgleichen zu können sollen von ausländischen Studierenden in Hannover keine Gebühren für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Die Ermäßigungen und Befreiungen halten sich an die Vorgaben der Aufenthaltsverordnung (§§ 52 + 53). Die Entscheidung über Ermäßigungen und Befreiung können damit die Ausländerbehörden treffen.

Antrag 10: Wir fordern von der Landesregierung die Abschaffung alle direkten und indirekten Formen der Studiengebühren, sein dies allgemeine Studiengebühren, Langzeitgebühren, Betreuungsgebühren für nicht EU – AusländerInnen, Einschreibegebühren oder sonstiges.

Studiengebühren sind sozial selektiv und bewirken, dass vor allem Kinder mit finanziell gut gestelltem Background an die Universitäten gehen. Studiengebühren schrecken alle ab, die nicht genügend Geld zur Verfügung haben. Durch Bücher, Reader, andere Arbeitsmaterialien, Versicherungen, Miete und Lebensunterhalt kostet das Studium schon genug. Für die ausländische Studierende, die keinen Anspruch auf BAfOG und Studienkredit haben, stellt die Zahlung der Studiengebühren eine noch größer Schwierigkeit dar.

6.4. Rechtliche Situation

Ausländische Studierende sind in der Bundesrepublik Deutschland in vielerlei Hinsicht rechtlich benachteiligt. Diese rechtliche Benachteiligung muss aufgehoben werden. Dafür fördern wir folgende konkrete Maßnahmen:

Antrag 11: Wir fordern von der Bundesregierung die Gleichstellung der ausländischen Studierenden mit den deutschen Studierenden im Arbeitserlaubnisrecht und die Abschaffung der 120 Tage bzw. 240 Halbe Tage Regelung.

Ausländische StudentInnen aus Nicht-EU – Staaten dürfen eine Beschäftigung dann ausüben, wenn die Aufenthaltsgenehmigung dies erlaubt. Die Aufenthaltsgenehmigung wird von der Ausländerbehörde ausgestellt. Wenn sie arbeiten dürfen, gilt Folgendes: 120 Ganztage oder 240 Halbtage. Das gilt für ein Kalenderjahr vom 1.1. bis 31.12.

Antrag 12: Wir fordern von der Bundesregierung einen gleichberechtigte Zugang zum BAföG für alle ausländischen Studierende.

Die Bundesregierung muss gewährleisten, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer finanzielle Situation die gleiche Chance haben, entsprechende Ausbildung absolvieren zu können. Dafür muss man für die ausländische Studierenden ein nebenarbeitsfreies Studium ermöglichen.

Antrag 13: Wir fordern die Liberalisierung der Ausländergesetze von der Bundesregierung.

Der Aufenthaltsstatus für StudienkollegiatInnen und Studierende in Sprachkursen muß sicher sein. Die Aufenthaltsbewilligung muß für die gesamte Zeit des Ausbildungsabschnittes gewährt werden. Außerdem muß für StudienkollegiatInnen und ausländische Studierende in den Sprachkursen die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme bestehen.